

L1 Selbstbewusst Grün

Antragsteller*in: Lavo

Beschlussdatum: 12.09.2018

Tagesordnungspunkt: 2. „Selbstbewusst GRÜN – mit Haltung gestalten“ (Leitantrag des Lavo)

1 Unser demokratischer Rechtsstaat und unsere freiheitliche, offene Gesellschaft
2 sind keine Selbstverständlichkeit. Sie werden von einer lauten Minderheit in
3 Frage gestellt. Ihr politischer Diskurs ist zunehmend hasserfüllt, bisher
4 Unsagbares wird auch von Repräsentant*innen unseres Staates ausgesprochen und
5 die Ausgrenzung von Menschen ist an der Tagesordnung. Statt diesen Tendenzen
6 mutig entgegenzutreten, erliegen weite Teile der „etablierten Politik“ der
7 Versuchung, den Populisten hinterherzulaufen und den Rohstoff des Populismus –
8 die Angst – weiter anzufachen, statt Verunsicherung wirksam entgegen zu treten.

9 Wir setzen dem zuverlässig eine Politik mit Haltung und klarem Kompass entgegen,
10 um die Zukunft positiv zu gestalten: Wir sind die progressive politische Kraft
11 der linken Mitte, für die Teilhabe an der Gesellschaft ein Grundrecht aller bei
12 uns lebenden Menschen ist. Wir sind die Europapartei – wir stehen für ein
13 besseres, demokratischeres, solidarischeres und ökologischeres Europa. Mehr
14 Europa und nicht weniger ist für uns die Antwort auf wachsenden Egoismus und
15 Nationalismus auf unserem Kontinent. Wir stehen fest zu den Grundprinzipien
16 unserer Verfassung, für uns ist die Würde aller Menschen unantastbar. Wir stehen
17 für einen demokratischen Rechtsstaat mündiger Bürger*innen als Grundlage für
18 Freiheit und Sicherheit. Wir wollen der Klimakrise durch den Wandel zu einer
19 regenerativen und ökologischen Wirtschaftsweise endlich wirksam entgegenzutreten.
20 Wir wollen Orientierung bieten für alle, die sich in einer komplexen Welt nicht
21 nur mit einfachen Antworten zufriedengeben wollen – Verunsicherung und Angst
22 setzen wir mutige und innovative Lösungen für die Herausforderungen unserer Zeit
23 entgegen!

24 In Europa stehen die gemeinsamen Werte von Menschenwürde, Demokratie, Freiheit,
25 Gleichheit und Rechtsstaatlichkeit unter Druck. In neun Mitgliedsstaaten sind
26 Rechtspopulisten in der Regierung – in Polen und Ungarn sogar mit absoluter
27 Mehrheit. Erstmals verlässt ein Mitgliedsstaat die EU. Es wird schon als Erfolg
28 gewertet, dass in den Niederlanden und Frankreich ein rechtspopulistischer
29 Wahlsieg knapp verhindert werden konnte. In der Flüchtlingspolitik werden
30 Menschenleben und die europäischen Grundprinzipien dem Opportunismus und der
31 Doppelmoral geopfert. Mit jedem durch verhinderte Hilfeleistung im Mittelmeer
32 ertrinkenden Geflüchteten stirbt dort ein Teil unserer europäischen Werte.

33 Auch bei uns werden politische Gewissheiten in Frage gestellt: Die
34 Regionalpartei CSU spaltet aus kurzfristigem parteipolitischen Egoismus unser
35 Land und tritt europäisches und nationales Recht mit Füßen. Ein
36 Bundesinnenminister Seehofer erklärt Migration zur „Mutter aller Probleme“ und
37 stigmatisiert damit ein knappes Viertel unserer Mitbürger*innen als angebliche
38 Problemfälle. Eine sächsische Landesregierung verliert nach jahrelangem
39 Augenverschließen vor rechtsnationalem Treiben in diesem Spätsommer in Chemnitz
40 die Kontrolle.

41 Wir GRÜNE stehen an der Seite der wachsenden Zahl von Menschen, die in diesen
42 Zeiten Haltung zeigen. Wir stehen an der Seite der 65.000, die in Chemnitz
43 deutlich gemacht haben, dass sie es nicht zulassen, wenn Verbrechensopfer für

44 rechte Hetze instrumentalisiert werden. Wir stehen an der Seite der Menschen,
45 die in Dangast, Osnabrück oder Hannover deutlich machen, dass sie es nicht
46 hinnehmen werden, wenn im Mittelmeer tausende Menschen durch verhinderte
47 Hilfeleistung sterben. Wir sind an der Seite derer, die nach Jahren
48 verantwortungsloser Untätigkeit endlich ernsthaft der Klimakrise entgegentreten
49 wollen. Wir unterstützen Initiativen, die sich humanitär, ökologisch und sozial
50 engagieren und durch ihr Engagement unsere gemeinsamen Werte von Menschlichkeit
51 und Toleranz leben. Wir wollen Orientierungspunkt für all jene sein, die jetzt
52 Bewegung in unsere Gesellschaft bringen und sie ökologischer und gerechter
53 machen wollen. Einer Politik ohne Haltung, die seit Jahren die wachsende
54 gesellschaftliche Spaltung abtut und die Klimakrise ignoriert, setzen wir eine
55 Politik entgegen, die Lösungen anbietet, statt Probleme auszublenden. Eine
56 Politik, die integriert statt auszugrenzen, die Ängste bekämpft statt sie zu
57 schüren und die Vielfalt wertschätzt.

58 **Haltung zeigen für Europa**

59 Eine starke Europäische Union ist die Grundlage für Frieden, Freiheit,
60 Sicherheit und Wohlstand. Der zunehmenden Europaskepsis, dem Erstarken der
61 Rechtspopulisten und einer investitionsfeindlichen und destruktiven
62 Austeritätspolitik setzen wir ein klares Bekenntnis zum europäischen
63 Einigungsprozess entgegen. Die Europäische Union ist eine Wertegemeinschaft, ein
64 Versprechen von Solidarität und Freiheit. Die Europäische Union ist längst nicht
65 perfekt, aber dennoch gilt: Die Antwort auf die Herausforderungen Europas ist
66 mehr Europa! Deshalb wollen wir die Europäische Union stärken und die
67 europäische Demokratie vertiefen. Dazu gehören eine Stärkung des
68 Europaparlaments – das sich mit der Einleitung des Rechtsstaatsverfahren gegen
69 Ungarn als Verteidigerin von Demokratie und Rechtsstaatlichkeit profiliert hat –
70 und mehr Transparenz der politischen Entscheidungen auf europäischer Ebene. Wir
71 treten dafür ein, die Macht der multinationalen Konzerne zu regulieren und
72 einzudämmen. Wir lassen nicht zu, dass sie sich aus ihrer Verantwortung stellen.
73 Europa begreifen wir nicht nur als gemeinsamen Wirtschaftsraum, sondern wir
74 wollen auch auf europäischer Ebene mehr soziale und ökologische Standards
75 setzen, Steuerdumping verhindern und Steuerumgehung bekämpfen und eine
76 gemeinsame Sicherheits- und Verteidigungspolitik stärken. Wir stehen für
77 europäische Solidarität und gegen einen Sparzwang, der es billigend in Kauf
78 nimmt, wenn Menschen sterben, weil das Gesundheitssystem kaputtgespart wurde,
79 die großen Teile der jungen Generation keine Perspektive bietet und die
80 Millionen Rentner*innen verarmen lässt. Wir wollen Europa mutig voranbringen und
81 der wachsenden Euroskepsis eine klare europäische Perspektive entgegensetzen.
82 Dafür streiten wir bei der anstehenden Europawahl.

83 **Haltung zeigen für den Rechtsstaat**

84 Ein Bundesinnenminister, der mit der Zurückweisung von Geflüchteten an der
85 Grenze bewusst europäisches Recht brechen will; eine Landesregierung, die in
86 Nordrhein-Westfalen bei der Abschiebung eines ehemaligen Bin-Laden-Leibwächters
87 das zuständige Verwaltungsgericht hintergeht, sich weigert, den richterlichen
88 Beschluss seiner Rückholung umzusetzen und ein nordrheinwestfälischer
89 Innenminister, der einem Gericht öffentlich empfiehlt, nicht nur Recht und
90 Gesetz, sondern auch das wie auch immer definierte Rechtsempfinden der
91 Bevölkerung zur Grundlage von Entscheidungen zu machen: Das alles ist Ausdruck
92 einer Entwicklung, in der geltendes Recht selbst von Verfassungsorganen zur
93 Disposition gestellt wird. Natürlich ist ein mutmaßlicher Gefährder niemand, den
94 wir gerne in unserem Land haben. Gerade diese Fälle sind aber der Lackmустest

95 eines demokratischen Rechtsstaats. Wir GRÜNE verteidigen den freiheitlich
96 demokratischen Rechtsstaat und die Bürgerrechte. Wir streiten für besser
97 ausgestattete Gerichte und Strafverfolgungsbehörden und damit für kürzere
98 Verfahrensdauern, auch als eine Maßnahme der Prävention; für die Unabhängigkeit
99 der Justiz; für die Objektivität von Staatsanwaltschaft und Polizei. Wir
100 arbeiten dafür, dass alle den gleichen Zugang zum Recht haben. Der Rechtsstaat
101 lebt von einer starken Bürgergesellschaft, die es nicht zulässt, dass Angst,
102 Hass und Hetze, aber auch die Gleichgültigkeit gegenüber solchen Entwicklungen
103 die moralische Substanz der Gesellschaft zersetzen. Deshalb treten wir für eine
104 starke Gesellschaft starker Bürger*innen ein.

105 Wer Freiheit für einen Zugewinn an Sicherheit einschränkt, riskiert am Ende
106 beides. Wir stehen für wirksame Kriminalitätsbekämpfung auf dem Boden des
107 Grundgesetzes und den Prinzipien von Rechtsstaatlichkeit. Deshalb stellen wir
108 uns gegen das geplante neue Polizeigesetz, weil es Grund- und Freiheitsrechte
109 bis zur Unkenntlichkeit beschneidet. Wenn Menschen bis zu 74 Tage in Haft
110 genommen werden können, weil die Polizei ihnen unterstellt, über das Begehen von
111 Straftaten nachzudenken, wenn die Überwachung ohne Richtervorbehalt massiv
112 ausgeweitet wird und wenn der Staat die Privatsphäre von Verdächtigen, aber auch
113 unbeteiligten Dritten auf das Tiefste verletzt, dann bedeutet das einen massiven
114 Einschnitt in Bürgerrechte.

115 Eine Bundesregierung, die es zunächst billigend in Kauf und später achselzuckend
116 zur Kenntnis nimmt, wenn Automobilkonzerne ihre Abgaswerte bewusst manipulieren
117 und damit massive gesundheitliche Gefahren für die Bürger*innen hinnimmt. Ein
118 Staat der Millionen betrogener Dieseldkund*innen auf dem Schaden sitzen lässt
119 statt die Autokonzerne zu zwingen, einen Teil ihrer Rekordgewinne für die
120 Regulierung des Schadens aufzuwenden, sät Zweifel, ob Gleichheit vor dem Gesetz
121 tatsächlich für alle gilt. Ebenso die niedersächsische Landesregierung: Sie
122 lässt sich im VW-Aufsichtsrat offenkundig von der Konzernspitze an der Nase
123 herumführen und steht beim Vertuschen des Manipulationsskandals eher Schmiere,
124 als Verantwortlichkeiten aufzuklären. Dieses alles gefährdet massiv das
125 Vertrauen in die Politik und vermittelt den Eindruck, das Primat der Politik sei
126 in Wahrheit längst von wirtschaftlicher Macht abgelöst worden. Wir GRÜNE stehen
127 für einen Staat, der willens und in der Lage ist, die Wirtschaft zum Schutz der
128 Bürger*innen wirksam zu kontrollieren und geltendes Recht unabhängig von
129 wirtschaftlicher Macht durchzusetzen.

130 **Haltung zeigen für den Klimaschutz**

131 Anfang August hat das Potsdam-Institut für Klimafolgenforschung auf ein Szenario
132 aufmerksam gemacht, nach dem auch das Ziel des Pariser Klimaabkommens, die
133 Erderwärmung auf 1,5 bis 2 Grad gegenüber der vorindustriellen Zeit zu
134 begrenzen, nicht ausreichen könnte. Sollte sich der Erhitzungsprozess etwa durch
135 das Freisetzen großer Mengen im Permafrostboden bisher festgehalten Methans
136 tatsächlich selbst beschleunigen, könnte das am Ende zu einer Erhitzung um
137 durchschnittlich vier bis fünf Grad führen. Bei einem dadurch verursachten
138 Anstieg des Meeresspiegels um zehn bis 60 Meter und Temperaturen über 50 Grad in
139 einigen Gebieten würden große Teile unseres Planeten unbewohnbar werden. Welche
140 Folgen der Klimawandel schon jetzt, bei einem Temperaturanstieg von
141 durchschnittlich etwa einem Grad auch für uns in Niedersachsen hat, konnten wir
142 in diesem Sommer konkret erleben. Der Sommer 2018 war nach 2003 der zweitwärmste
143 seit Beginn der Wetteraufzeichnungen und nach 1911 der zweittrockenste. Die
144 Auswirkungen waren massiv: Heimische Milchkühe auf staubiger Steppe statt auf

145 saftigen Wiesen und die Diskussion um Milliardenzahlungen an die Landwirtschaft,
146 Waldbrände, aufgeplatzte Straßen und Landebahnen, Wasserversorger am Limit, die
147 einen Teil ihrer Kunden zeitweise auf dem Trockenen sitzen ließen. Und nicht
148 zuletzt die Belastung aufgrund der wochenlangen Hitze bis hin zu massiven
149 gesundheitlichen Problemen gerade bei älteren und kranken Menschen. Nach
150 einhelliger Meinung von Expert*innen werden wir Wetterextreme, wie Hitze- und
151 Dürreperioden, Stürme, Starkregenereignisse mit Überschwemmungen künftig
152 deutlich häufiger erleben. Statt den Klimaschutz auszubremsen, stehen wir GRÜNE
153 für einen zügigen Ausstieg aus der Verbrennung fossiler Energieträger wie Öl,
154 Gas und Kohle.

155 **Haltung zeigen für gesellschaftlichen Zusammenhalt**

156 Die Vorstandsvorsitzenden der Dax-Konzerne haben im letzten Jahr das 97-fache
157 des Durchschnittsgehalt ihrer Belegschaften verdient – der Abstand zwischen dem
158 Topmanagement und ihren Mitarbeiter*innen hat sich seit 2005 mehr als
159 verdoppelt. Auch jenseits großer Konzerne nimmt die Ungleichheit zu: Der Anteil
160 der Arbeitnehmer*innen am Volkseinkommen, die Lohnquote, ist seit den 1970er
161 Jahren deutlich gesunken und liegt in Deutschland niedriger als in den USA,
162 Frankreich oder Japan. Während die durchschnittlichen Nettolöhne trotz
163 jahrelangen Wirtschaftswachstums mit inzwischen annähernder Vollbeschäftigung in
164 den letzten zehn Jahren gerade mal um 1,6 Prozent gestiegen sind, erreichen die
165 immer ungleicher verteilten Vermögenswerte jedes Jahr neue Rekordhöhen. Zwei
166 Drittel des Gesamtvermögens liegen in den Händen der obersten zehn Prozent.
167 Diese wachsende Ungleichheit ist ein Sprengsatz für unsere Gesellschaft. Deshalb
168 treten wir GRÜNE für eine gerechtere Besteuerung hoher Einkommen, Vermögen und
169 Erbschaften ein: Für eine höhere Erbschaftssteuer bei großen Erbschaften, die
170 Wiedereinführung der seit 1997 ausgesetzten Vermögenssteuer für sehr hohe
171 Einkommen und für einen höheren Spitzensteuersatz.

172 Diese zusätzlichen Mittel werden dringend für Investitionen in ein gutes und
173 gerechtes Bildungssystem benötigt. Der wichtigste Schlüssel, soziale
174 Ungleichheiten zu überwinden ist Bildung. Bildung ermöglicht Teilhabe und
175 sozialen Aufstieg. Die realistische Aussicht, die soziale Stufenleiter
176 hinaufzuklettern, ist eines der stärksten Motive, an die Gesellschaft zu glauben
177 und sich nicht von ihr abzukapseln. Dafür brauchen wir allerdings ein
178 Bildungssystem, das soziale Unterschiede überwindet und sie nicht zementiert.
179 Deutschland hat eines der sozial selektivsten Bildungssysteme innerhalb der
180 OECD. Kinder aus finanziell schwächeren Familien und Kinder mit
181 Migrationshintergrund haben nach wie vor deutlich geringere Chancen auf einen
182 hohen Bildungsabschluss. Wir setzen uns für gute Bildung für alle ein –
183 Bildungserfolg darf nicht von der Herkunft abhängen! Daher fordern wir eine
184 gebundene qualitativ hochwertige Ganztagschule, damit auch Kinder aus Familien,
185 die nicht das Geld für zusätzliche Angebote wie eine Musikschule oder Zeit für
186 die Hausaufgabenhilfe haben, gleiche Chancen bekommen. Wir wollen ein
187 durchlässiges und transparentes Bildungssystem mit genügend gut ausgebildetem
188 und angemessen bezahltem Fachpersonal. Ausbau von Qualität in der Bildung kommt
189 für uns an erster Stelle.

190 Die Digitalisierung stellt uns vor ganz neue Herausforderungen! Die Art wie, wo,
191 was und vielleicht auch wie viel wir arbeiten, wird sich in nur wenigen Jahren
192 rasant verändern. Wir GRÜNE werden nicht zulassen, dass ein neues Proletariat
193 aus Crowdworker*innen entsteht, die sich weitestgehend ohne soziale Absicherung,
194 von Auftrag zu Auftrag hangelnd, gegenseitig unterbieten oder als schlecht

195 bezahlte soloselbstständige Paketbot*innen der „digitalen Elite“ ihre Einkäufe
196 hinterhertragen. Deshalb haben wir uns auf den Weg gemacht, bereits jetzt
197 umfassende Konzepte für den notwendigen Umbau unseres Bildungs- und
198 Sozialsystems im Zuge der Digitalisierung zu erarbeiten. Die rot-schwarze
199 Landesregierung in Niedersachsen reduziert stattdessen die Herausforderungen der
200 Digitalisierung immer noch hauptsächlich auf das Verlegen von Glasfaserkabeln –
201 was zwar als Grundlage notwendig ist, aber die wesentlichen Veränderungen durch
202 die Digitalisierung außer Acht lässt.

203 In einigen Großstädten können sich die Busfahrerin oder der Polizeibeamte in der
204 Stadt, in der sie den ganzen Tag arbeiten, keine Wohnung mehr leisten. Auch wenn
205 diese extreme Form der Gentrifizierung in Niedersachsen bisher eher Stadtteile
206 als ganze Städte erfasst hat, gibt es auch bei uns einen erheblichen Mangel an
207 bezahlbarem Wohnraum. Davon sind vor allem die Großstädte und die demografischen
208 Wachstumsregionen betroffen: Für rund zwei Drittel der rund 90.000
209 niedersächsischen Sozialwohnungen läuft die Sozialbindung in den kommenden
210 Jahren aus. Wohnungen müssen für alle, auch für Menschen mit geringen Einkommen
211 und Renten, bezahlbar sein. Deshalb treten wir dafür ein, den Mietwohnungsbau
212 anzukurbeln und Investitionen in den Wohnungsbau mit einer dauerhaften
213 Sozialbindung massiv zu erhöhen. In 19 niedersächsischen Städten und Gemeinden
214 haben wir 2016 die Mietpreisbremse eingeführt. Damit diese Bremse wirklich
215 greifen kann, müssen die zahlreichen Ausnahmen abgeschafft und ein Verstoß
216 dagegen wirksam sanktioniert werden. Der Spekulation mit baureifen Grundstücken
217 muss ein Riegel vorgeschoben werden. Die anstehende Reform der Grundsteuer
218 wollen wir aufkommensneutral gestalten und dabei die Mieter*innen nicht
219 zusätzlich belasten. Populistischen Versuchen, Klimaschutz gegen bezahlbaren
220 Wohnraum auszuspielen, erteilen wir eine klare Absage.

221 **Gemeinsam Gestalten: selbstbewusst und mit Haltung**

222 Wir stehen mit einer klaren Haltung für den Schutz unserer Lebensgrundlagen, für
223 soziale Gerechtigkeit und Solidarität, für Gleichberechtigung, für
224 Menschlichkeit und Toleranz, für Grundrechte und Freiheit im demokratischen
225 Rechtsstaat, für Weltoffenheit und ein starkes, demokratisches und solidarisches
226 Europa.

227 Gemeinsam sind wir auf der Straße und zeigen Flagge gegen rechte Hetze und für
228 eine offene Gesellschaft. Wir demonstrieren für Freiheit und Bürgerrechte gegen
229 ein verschärftes Polizeigesetz, für die Energiewende und gegen den unsinnigen
230 Neubau eines Kohlekraftwerks in Stade. Wir haben dabei Unterstützung aus
231 Initiativen, Verbänden, Wirtschaft und Bewegungen. Viele melden sich endlich zu
232 Wort und zeigen Haltung. Diese Energie wollen wir nutzen und gemeinsam Bündnisse
233 und gesellschaftliche Mehrheiten bilden, um politischen Druck auszuüben und um
234 auch aus der Opposition heraus etwas zu bewegen. Wir müssen diese Bündnisse
235 verbreitern. Sie bilden das Fundament für politische Mehrheiten im Land.

236 Wir GRÜNE sind die Partei für Umwelt und Klimaschutz. Diese Themen werden immer
237 wichtiger. Auch bei nachhaltiger Landwirtschaft und Tierwohl sind wir vorne.
238 Dass die sogenannten Volksparteien immer weniger Wähler*innen binden können,
239 bietet für uns die Chance zu zeigen, dass wir darüber hinaus auch die richtigen
240 Antworten in anderen Politikfeldern haben. Selbstbewusst GRÜN bedeutet, dass wir
241 auch in Feldern, die bislang anderen zugeschrieben wurden, auf Augenhöhe Profil
242 zeigen. Und das können wir: Kluge Bildungspolitik ist genauso GRÜN wie
243 innovative Wirtschaftspolitik, gerechte Sozialpolitik und Gesundheitspolitik,
244 rechtsstaatliche Sicherheitspolitik und nachhaltige Finanzpolitik.

245 Aktuell gibt es nach Wahlen immer seltener die Möglichkeit für klassische
246 Regierungsbildungen innerhalb der sogenannten Lager: Das bedeutet für
247 selbstbewusste GRÜNE: Wir definieren uns nicht über andere. Wir sind auf der
248 Grundlage unseres Programms bereit, Kompromisse einzugehen. Kompromisse gehören
249 zur Demokratie – aber sie stehen am Ende von Verhandlungen. Deshalb müssen wir
250 jetzt weiter unser Profil schärfen und unsere Inhalte noch klarer und kantiger
251 formulieren.

252 Wir stellen uns dieser Herausforderung. Politischer Streit, das Werben für
253 Lösungen im demokratischen Diskurs, sind das Lebenselixier der Demokratie.
254 Selbstbewusst GRÜN bedeutet, keine Angst davor zu haben, mit anderen über
255 Gemeinsames und Trennendes zu sprechen. Auf den Inhalt kommt es an.
256 Voraussetzung für politische Bündnisse ist, dass eine Zusammenarbeit unser Land
257 deutlich ökologischer, sozialer, gerechter und weltoffener macht.